

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Sportausschuss	29.11.2011
Ausschuss Soziales und Senioren	01.12.2011
Ausschuss Schule und Weiterbildung	05.12.2011
Jugendhilfeausschuss	13.12.2011

Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum Bildungspaket der Bundesregierung

Der Rat der Stadt hat in seiner 25. Sitzung am 26.05.2011 unter TOP 1.2 eine Resolution zum Bildungspaket der Bundesregierung mit folgendem Wortlaut gefasst:

„Der Rat der Stadt Köln fordert die Bundesregierung auf, das Bildungs- und Teilhabepaket so auszugestalten, dass bürokratische Hemmnisse abgebaut und notwendige Antragsverfahren vereinfacht werden.

Darüber hinaus fordert der Kölner Rat eine „Harmonisierung“ des Paketes mit den bereits bestehenden Unterstützungsangeboten des Köln-Passes.

Das von der Bundesregierung in der Öffentlichkeit hoch gepriesene Teilhabepaket ist mit vielen Hürden behaftet, in den Ausführungsbestimmungen hochkomplex und in seiner Antragstellung für die anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger unattraktiv. Von den ca. 56.000 Anspruchsberechtigten haben Mitte Mai weniger als 15 % einen Antrag auf Unterstützung gestellt.

Wie in anderen Städten auch existiert in Köln bereits seit vielen Jahren ein bewährtes und erfolgreiches Unterstützungssystem: der Köln-Pass. Menschen, die Grundsicherung beziehen, und darüber hinaus alle, die mit ihrem Einkommen nur 30 % darüber liegen oder Großfamilien erhalten eine Vielzahl sozialer Leistungen: einen geringeren Preis für das Schulmittagessen, ermäßigte Eintritte zu kulturellen und Bildungseinrichtungen, der KVB, dem Zoo, den Schwimmbädern, der Musikschule oder den Bühnen der Stadt Köln sowie Beitragsfreiheit für Sportvereine – „Kids in die Clubs“.

Der Köln-Pass enthält im Vergleich mit dem Bildungspaket viele inhaltsgleiche Angebote (vergünstigtes Mittagessen für Kinder in Kitas und Schulen, Sportangebote u.a.m.). Weitere Angebote des neuen Bildungs- und Teilhabepaketes wie etwa die Lernförderung leiden an einem höchst formalisierten Verfahren und belasten die Schulen mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand.

Erste Erfahrungsergebnisse müssen dazu beitragen, dass die Umsetzung des Paketes in den Kommunen zukünftig optimiert und reibungsloser gestaltet werden kann. Dabei muss der Investition in bereits vorhandene Strukturen an Schulen und Kindertagesstätten der Vorzug gegeben werden. Das Bildungspaket muss endlich da ankommen, wo es dringend benötigt und wirkungsvoll eingesetzt wird.“

Die Verwaltung hat diese Resolution an Frau Bundesministerin von der Leyen am 14.07.2011 weitergeleitet und parallel dazu eine Städteumfrage gestartet, zu der entsprechende Antworten aus Hamburg, Berlin, Leipzig, Bonn und Frankfurt eingetroffen sind. Die Ministerin ihrerseits hat mit Schreiben vom 31.08.2011 auf die Resolution reagiert, woraufhin die Verwaltung erneut am 08.11.2011 unter Beifügung der Ergebnisse der Städteumfrage geantwortet hat.

Parallel dazu wurden alle Bundestagsabgeordneten in den Schriftverkehr eingebunden und abschließend Herr Landesminister Schneider als auch der Deutsche Städtetag in Kenntnis gesetzt und um Unterstützung gebeten. Das Ergebnis der Städteumfrage sowie die Korrespondenz mit Frau Ministerin von der Leyen sind der Mitteilung als Anlage beigefügt.

Zwischenzeitlich hat die Bundesregierung auf diverse Anregungen aus den Städten reagiert und anlässlich ihres letzten Runden Tisches zum Bildungspaket am 02.11.11 Verfahrensänderungen zur Vereinfachung des Antragsverfahrens zugelassen. Die Umsetzung dieser Möglichkeiten wird jedoch im Detail noch der Prüfung durch die Verwaltung unterzogen, in deren Anschluss die Ausschüsse über das Ergebnis in Kenntnis gesetzt werden.

gez. Dr. Klein